

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4506. — Postcheckkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauschaer Str. 10/21  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telefon 13683. — Verlag in Leipzig,  
Tauschaer Straße 10/21 — Telefon 4506

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.00 M., bei Platzvorschrift 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M. Reklame-Kolonelle 7.50 M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## Eröffnung der Wiener Konferenz.

(Drahtmeldung unseres Berichterstatters.)

Wien, 22. Februar. Heute wurde die internationale sozialistische Konferenz eröffnet. Eine starke Teilnehmerzahl ist erschienen: 73 Delegierte aus 10 Ländern, die 16 Parteien vertreten, und zwar: die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands; die Unabhängige Arbeiterpartei Englands; die Sozialistische Partei Frankreichs; aus Jugoslawien die Sozialdemokratische Partei; die Sozialistische Arbeiterpartei Kroatien-Slawoniens und die Sozialdemokratische Partei Serbiens; die Sozialdemokratische Partei Belgiens und Österreichs; die Poale Zion (Jüdische Arbeiterpartei); aus Rumänien die Föderation der sozialistischen Parteien der Bukowina, die sozialistischen Parteien Siebenbürgens und des Banats und die Sozialdemokratische Partei Rumäniens; aus Rußland die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (Menchewiki) und die linken Sozialisten-Revolutionäre, und schließlich Vertreter der Schweizer und Tschechoslowakischen Partei. Außerdem sind viele Gäste erschienen, der Zuhörerraum und die Galerie sind fast gefüllt. Um Vorkonferenzen sind in Wien gewählte Kommissionen: Friedrich Adler, Lebebour, Longuet, Wallhead und Grimm.

Friedrich Adler eröffnet die Konferenz mit einer Begrüßungsrede. Er erinnert daran, daß für das Jahr 1914 ein internationaler Kongreß nach Wien einberufen worden war, der durch den Krieg verhindert wurde, und daß Wien der Ort war, wo das erste Kriegsverbrechen begangen wurde: das Ultimatum an Serbien. Deshalb begrüßt er besonders herzlich die serbische Delegation. (Lebhafte Beifall.) Seit dem Tode der 2. Internationale sind wir alle von Gefährde der Weichenheit befreit, wenn wir die ungeheure Arbeit vor uns sehen, die wir zu leisten haben. Es gibt jetzt noch keine Internationale, aber hier ist ein Drittel des Weltproletariats vertreten, wie in Genf und Moskau. Wir sind gleichermaßen entfernt von der Ungeduld der Kommunisten und dem spezifischen Unglauben der Reformisten. Wir wollen unseren Stolz dazwischen setzen, Moskau besser zu verstehen, als es uns. (Beifall.) Wir wollen nicht wie Moskau mit allen Mitteln kämpfen, sondern nur solche gebrauchen, die wir mit gutem Glauben anwenden können. Die hier vertretenen Parteien sind nicht alle gleichen Gefährde, wir finden nur, daß ihre Mehrheit auf dem Boden der Berner Konferenz steht und die Minderheit Disziplin übt. Wir wollen nicht eine Internationale organisieren, sondern ein Werkzeuge für den Aufbau der Internationale schaffen. Wir wollen nicht, wie Moskau, das zäsuristische Wort zum Wahlspruch nehmen: Teile, um zu herrschen, sondern: Vereint euch, um zu siegen! (Lebhafte Beifall.)

Longuet dankt mit herzlichsten Worten. (Lebhafte Beifall.) Darauf nimmt der Bürgermeister von Wien, Genosse Neumann, das Wort, der den Kongreß im Namen der übertragenen Mehrheit der Stadt Wien begrüßt. Auf Wunsch des Vorsitzenden (Serbien) wird die Berner Kommission als händiges Präsidium gewählt. Topalowski dankt dabei Adler für die Begrüßung der Serben und erwidert sie herzlich. Es folgt die Wahl der Mandatprüfungskommission und Geschäftsgänge.

## Nicht Auflösung, sondern Ausbau der bayerischen Einwohnerwehren.

München, 23. Februar. (Eigene Drahtmeldung des V. B.) Angeachtet der außenpolitischen Lage führt die bayerische Einwohnerwehr fort, in sogenannten Kreiswehrtagen ihren reichsfeindlichen Standpunkt zu vertreten. Dieses landesparlamentarische Treiben wird von der Regierung offiziell guthießen. So hat der bayerische Ministerpräsident v. Kahr an den in Rempten abgehaltenen Ingauer Einwohnerwehrtag, der auch aus Würtemberg und Tirol stark besucht war, und auf dem Eicherich eine chauvinistische Hebrade hielt, ein Sympathietelegramm abgeschickt. Am kommenden 25. und 28. Februar findet in Augsburg ein schweblicher Kreiswehrtag statt; auf demselben hält ein Herr Walter Schenk eine Rede über: Die innen- und außenpolitische Lage. Ein neuer Beweis dafür, wie „unpolitisch“ die bayerische Einwohnerwehr ist. Auch werden die Einwohnerwehren noch immer ausgebaut. So wurden in den letzten Tagen 700 Zeitfreiwillige aus Studentenkreisen in die Einwohnerwehr neu aufgenommen.

## Konflikt zwischen Polizei und Stadtrat in München.

München, 23. Februar. (Eigene Drahtmeldung des V. B.) Die Stadtgemeinde München ist nach dem Gesetz vom Jahre 1898 verpflichtet, ein Drittel der Kosten für die Polizeidirektion zu tragen. Die Polizeidirektion hat für das Jahr 1920 an die Stadt eine Forderung von 19 Millionen Mark gestellt. Der Stadtrat Münchens hat einstimmig beschlossen, die Zahlung dieser Summe solange zu verweigern, bis die Polizeidirektion dem Stadtrat eine ausführliche Darlegung ihrer Forderung aufmacht.

## Ohne Sozialisierung keine Arbeiterchichten.

DA. Bochum, 22. Februar. Der Bergarbeiterverband hat eine Entschließung gefaßt, nach der er erst dann wieder in Verhandlungen über ein Arbeiterchichten-Abkommen eintreten will, wenn eine bestimmte verbindliche Zulage hinsichtlich der Sozialisierung des Kohlenbergbaues gemacht worden ist. Die Situation ist ernst, weil bei Fortfall der Arbeiterchichten 40 Prozent des Kohlenbedarfes an rheinischen Kohlen ungedeckt bleiben müssen.

## Die Wahlen in Preußen.

### Das vorläufige Endergebnis.

Nach den folgenden sieben eingelaufenen Telegrammen ist das Ergebnis für die Unabhängige Sozialdemokratie noch wesentlich günstiger, als in unserer Besprechung angenommen wurde. — Die Meldungen besagen:

Berlin, 23. Februar. (MVB.) Für die preussischen Landtagswahlen wurden insgesamt 15 951 338 Stimmen abgegeben. Davon entfallen auf die einzelnen Parteien: Mehrheitssozialisten 4 171 286, Zentrum 2 964 002, Demokraten 977 463, Deutschnationale 2 892 667, Unabhängige 1 055 023, Deutsche Volkspartei 2 266 587, Kommunisten 1 207 695, Polnische Partei 12 271, Fraktionslose 140, Wirtschaftspartei 187 345 und auf sonstige Parteien 5608 Stimmen.

Berlin, 23. Februar. (Nichtamtlich.) Vorläufiges Gesamtergebnis der Preussischen Landtagswahlen. Nach den bisherigen Feststellungen erschienen 399 Abgeordnete als gewählt. Zu ihnen treten noch die bisherigen 22 Landesverfassungsausschüsse des Wahlkreises 9 (Oberhesseln) hinzu, so daß die Gesamtzahl 421 beträgt. Es handelt sich um 7 Mehrheitssozialisten, 11 Mitglieder des Zentrums, 1 Demokrat, 1 Deutschnationalen und 2 Unabhängige.

Der Landtag würde sich demnach wie folgt zusammensetzen: Mehrheitssozialisten 113, Demokraten 26, Zentrum 90, Deutsche Volkspartei 57, Deutschnationale Volkspartei 73, Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes 4, Unabhängige Sozialdemokratische Partei 28 und vereinigte Kommunisten 30.

Wahlkreis 15 (Ost-Hannover). Deutschnationale 40 842, Deutsche Volkspartei 83 208, Deutsch-Hannoversche Partei und Zentrum 128 532, Demokraten 19 618, Mehrheitssozialisten 141 474, Unabhängige 10 773, Kommunisten 16 461. Es entfallen auf die Deutschnationalen 1 Sitz, Deutsche Volkspartei 1 Sitz, Zentrum und Deutsch-Hannoverscher 3 Sitze, Mehrheitssozialisten 3 Sitze.

Wahlkreis 20 (Rhin-Flächen). Deutschnationale 49 404, Deutsche Volkspartei 78 388, Zentrum 472 549, Demokraten 29 863, Mehrheitssozialisten 164 459, Unabhängige 8880, Kommunisten 45 762 und die fraktionslose Partei 125 Stimmen. Es entfallen auf die Deutschnationalen 1 Sitz, Volkspartei 1 Sitz, Zentrum 11 Sitze, Mehrheitssozialisten 4 Sitze, Kommunisten 1 Sitz.

## Verhandlungen über die Regierungsbildung

Berlin, 22. Februar. Heute fand eine Besprechung zwischen den in der Reichsregierung vertretenen Parteien über die durch die preussischen Wahlen geschaffene Lage statt. Es bestand volle Einmütigkeit darüber, daß auf eine Lösung hingewirkt werden müsse, bei der die Regierungen im Reich und in Preußen von derselben Parteikoalition getragen werden. Es wurde vereinbart, daß von diesem Gesichtspunkt aus ein einheitliches Vorgehen der in der Reichsregierung vertretenen Parteien bei der Neubildung der preussischen Regierung angestrebt werden soll.

## Ergebnis der Reichstagsnawahlen.

Ostpreußen. Deutschnationale 200 643, Sozialdemokratische Partei 224 265, Deutsche Volkspartei 188 794, Zentrum 88 423, Vereinigte kommunistische Partei 67 862, Unabhängige sozialdemokratische Partei 52 002, Deutsche demokratische Partei 51 518, Polnische Partei 12 176, Wirtschaftspartei des Mittelstandes 9197. Abgeordnete sind entfallen auf die Deutschnationale Partei 4, die Sozialdemokraten 3, die Deutsche Volkspartei 2, das Zentrum 1, und die Vereinigte kommunistische Partei 1.

Schleswig-Holstein. Deutschnationale 140 354, Sozialdemokratische Partei 260 227, Deutsche Volkspartei 127 407, Zentrum 6415, Vereinigte kommunistische Partei 41 052, Unabhängige sozialdemokratische Partei 20 604, Deutsche demokratische Partei 64 230, Schleswig-holsteinische Landespartei 25 217, Schleswigsche Vereinigung 4648. Abgeordnete sind erhalten: die Deutschnationalen 2, die Sozialdemokraten 4, die Deutsche Volkspartei 2 und die Deutschen Demokraten 1 Sitz.

## Wenderung in der Zusammensetzung des Reichstags

Berlin, 22. Februar. Auf Grund der Reichstagswahlen in Ostpreußen und Schleswig-Holstein ergibt sich unter Berücksichtigung der noch nicht verwendeten Reststimmen vom 6. Juni 1920 folgende Verschiebung innerhalb der Parteien des Reichstags: Deutschnationale Volkspartei 71 Abgeordnete (bisher 66), Deutsche Volkspartei 65 (62), Hannoversche Landespartei 5 (5), Zentrum 68 (67), Bayerische Volkspartei 21 (21), Bayerischer Bauernbund 4 (4), Deutsch-Demokratische Partei 40 (45), Sozialdemokratische Partei 108 (113), Unabhängige SPD. 61 (59), Kommunistische Partei 26 (24). Zusammen 469 (406).

## Gegen die Amnestierung der Marburger Studenten.

Berlin, 23. Februar. (Eigene Drahtmeldung des V. B.) Der Vorkreis meldet aus Kassel: Gegen die Entscheidung der Strafkammer, die auf Grund des Amnestiegesetzes das Verfahren gegen die Marburger Heldenjünglinge eingestellt hat, hat sowohl der Staatsanwalt als auch der Vertreter des Nebenklägers Revision eingelegt.

## Der Wahlausfall in Preußen.

Die meisten Blätter fangen an, ihre Kommentare über den Wahlausfall in Preußen zu veröffentlichen und sie haben auch alle Ursache dazu; nicht einmal die rote Fahne macht davon eine Ausnahme. Auf ihre kleinste Wahlbetrachtung vom Montag fällt sie jetzt ins Gegenteil, stolz erklärt sie: „Soweit parlamentarische Wahlen überhaupt ein Bild von der Stimmung des Proletariats geben, so haben die Preußenwahlen gezeigt, daß unsere Partei stark genug ist, um die Klassenaktionen des Proletariats, das Vertrauen der Massen als Führerin gewinnen zu können.“ Man sieht, der Erfolg der preussischen Landtagswahlen ist der rote Fahne etwas zu Kopfe gestiegen, sonst könnte sie unmöglich übersehen, daß auch noch einige andre Parteien da sind, die mitzählen. Auch der Vorkreis muß sein Urteil über die Wahl wesentlich revidieren, mit der stolzen festen Sozialdemokratie, die allen Stürmen und allen Angriffen von links und rechts trotzen kann, ist es nichts.

Betrachtet man das Wahlergebnis nach den nun vorliegenden Zahlen und ohne jeden Gefühlschwang, so ergibt es folgendes: Die Wahlbeteiligung ist von 16 487 000 abgegebenen Stimmen im Jahre 1919 auf 15 951 000 in diesem Jahre, also um etwa eine halbe Million zurückgegangen. Die bürgerlichen Parteien haben ihre Stimmenzahl um etwa 200 000 vermehren können. Das ist der ganze Ruck nach rechts, von dem so viel geredet wurde. Bedenkt man dabei, daß den bürgerlichen Parteien, und besonders den ganz rechtsstehenden Parteien das vorzügliche Agitationsmaterial zu Gebote stand, das ihr die Entente mit ihren Wahlforderungen geliefert hat und daß sie dieses Material auch nach Kräften ausgenutzt haben, so ist der „Ruck“ nach rechts keineswegs so groß, als er anfänglich dargestellt wurde. Mit welchen terroristischen Mitteln die Deutschnationalen den Wahlkampf geführt haben, das zeigt besser, als lange Nachweise der Aussprüche der Deutschnationalen Grafen Bülow in einer Wählerverammlung in Wiltzallen, er sagte: „Wie die Bayern wollen wir schwören, die Waffen nicht abzugeben, sondern es müssen noch welche angeschafft werden. Wir müssen jeden Handwerker und Kleinbauern zwingen, den Wehren beizutreten. Wenn sie sich weigern sollten, unserm Verlangen zu entsprechen, so dürfen wir auch nicht davor zurückzucken, einem solchen Weigerer das Haus über dem Kopf anzuzünden.“ Das sind die Mittel, mit denen die Deutschnationalen die Wähler für „ihre Programm überzeugt“ haben. Und die Stimmespartei, denn die deutsche Volkspartei ist ja nur ein Personenklingel von Kapitalisten, hat mit keinen besseren Mitteln gearbeitet. Die 70 Blätter, die Stimmes kommandiert, mußten Tag für Tag auseinandersehen, daß nur die Deutsche Volkspartei das deutsche Volk vor dem Untergang retten könne und den Verfall der Friedensverträge zumächte machen werde; also — so lautete der Refrain —: Wählt nur die Kandidaten der Deutschen Volkspartei. Wer hätte nicht den Wunsch, daß er nichts zu den Kosten beizutragen brauchte, die das deutsche Volk den Kriegstreibern und besonders den Angehörigen der Deutschen Volkspartei zu verdanken hat? So fielen viele Wähler auf diesen stumpfen Wahlschwanz herein. Von 896 000 Stimmen im Jahre 1919 brachte es die Deutsche Volkspartei auf 2 266 000 bei der diesmaligen Wahl. Wie diese Partei ihr Versprechen einlösen wird, das deutsche Volk brauche nichts zu zahlen, wenn ihre Kandidaten gewählt würden, wird man ja bald sehen. Bis zu welcher Lächerlichkeit diese Partei ihre Propaganda getrieben hat, zeigt das Plakat mit dem Bilde des „Alten Fröh“, der die Wähler auffordert, die Deutsche Volkspartei zu wählen, damit „sein altes Preußen erhalten bleibt“. Daß das Preußen des alten Fröh schon im Jahre 1806 ruhm- und klanglos untergegangen ist, scheinen die Gelehrten der Deutschen Volkspartei nicht zu wissen; ebensowenig, daß das Groß-Preußen Bismarcks im Jahre 1918 ebenso schmachlich zusammengebrochen ist!

Das Zentrum hat seine Agitation auf die Erhaltung der Religion und der Kirchenmacht eingestellt, es hat aber trotzdem nicht verhindern können, daß es diesmal eine sehr große Stimmeinbuße erlitt; im Jahre 1919 mußte es 3 751 000 Wähler, diesmal nur 2 964 000, also ein Minus von etwa 800 000. Es ist überhaupt das Kennzeichen des diesmaligen Wahlausfalles, daß eine völlige Verschiebung der Stimmenzahlen innerhalb der bürgerlichen und innerhalb der sozialistischen Parteien stattgefunden hat. Neben dem Zentrum ist es die Deutsch-demokratische Partei, die die Hauptleidtragende ist. Ihre Stimmenzahl hat sich von 2 663 000 im Jahre 1919 auf 977 000 verringert. Der Stimmenverlust des Zentrums und der Demokraten ist den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei zum großen Teil zugute gekommen. Welch erbärmlich selbe Rolle die Demokraten in der diesmaligen Wahlbewegung gespielt haben drückt am besten der Hauptwahlauftrag aus, der zu Beginn der Wahlbewegung veröffentlicht worden ist. Darin werden die Parteianhänger ausdrücklich aufgefordert, nicht gegen die reaktionären Parteien zu kämpfen, sondern bei der ganzen Wahlbewegung die Notwendigkeit der vaterländischen Einheit voranzustellen. Geben wir ein Muster vaterländischer Gesinnung.“ Diese sogenannten Dem...